

Cornelia Lang

Stillstand – ein Kommentar

Annette Bergemann

Zur Lehrstellensituation in Deutschland:
Bestimmungsgrößen des Angebots
an Ausbildungsplätzen

Christian Dreger/Jürgen Kolb

Kapitalstock und demographische Komponente –
Wie kann die Rentenversicherung reformiert
werden?

Jacqueline Rothfels

Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur und
die Produktivitätslücke

Brigitte Loose

IWH-Bauumfrage:
Baugeschäfte im August 1997 auf bisherigem
Jahreshoch – im Vorjahresvergleich bleiben sie
aber äußerst schwach –

Kommentar

Stillstand

In Deutschland werden Arbeitsplätze gebraucht. Und somit braucht Deutschland Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen. Vor diesem Hintergrund sind kleine und mittlere Unternehmen in den letzten Jahren verstärkt ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Auf ihnen ruhen darüber hinaus die Hoffnungen, wenn es darum geht, innovativ, flexibel und effizient zu sein und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. In diesem Zusammenhang richtet sich das Interesse auch auf die selbständigen Erwerbspersonen. „Selbständige als Salz in der Suppe der Marktwirtschaft“ oder als „Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung“, als „Pioniere einer neuen Wirtschaftskultur“; solche fast schon beschwörerischen Etikettierungen finden sich in zahlreichen Publikationen. Tatsächlich ist der Mittelstand der größte Arbeitgeber und erwirtschaftet einen beachtlichen Teil des Bruttoinlandsproduktes. Dennoch haben Unternehmer hierzulande mit einem schlechten Image zu kämpfen. Nach einer Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach hält sie mehr als jeder dritte Deutsche für „protzig“, „raffgierig“ und „ohne Ideale“.

Dabei waren es in Westdeutschland in den 90er Jahren gerade die kleinen und mittleren Betriebe, die fast eine Million Arbeitsplätze geschaffen haben, während in Großunternehmen per saldo eine Dreiviertelmillion Jobs verloren ging.

Gegenwärtig bangen jedoch viele mittelständische Betriebe um ihr Überleben. Zwar wird jedes Jahr rund eine halbe Million Unternehmen gegründet, gleichzeitig müssen zahlreiche Firmen wieder schließen. Der Saldo aus Gründungen und Stilllegungen schrumpft von Jahr zu Jahr. Nach Angaben des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft fehlen zur Zeit in Deutschland eine Million Unternehmer.

Die Liste derer, die diesen Zustand beklagen, ist lang und prominent. Viele wissen auch, woran es liegt, daß die Mehrzahl der Erwerbstätigen lieber nach abhängigen Beschäftigungsverhältnissen strebt. Neben dem schon erwähnten schlechten Image ist es das Risiko einer Existenzgründung, das viele scheuen. Für sie wiegen die Vorteile, wie Unabhängigkeit, Selbstverwirklichung, Durchsetzung eigener Ideen, das existenzielle Risiko nicht auf.

Und es kommt ein weiterer Punkt hinzu: Zuviele Risikoscheue und zuwenige Chancendenker werden letztendlich erzogen, beklagt unter anderem die Deutsche Ausgleichsbank. Eine Kultur der Selbständigkeit wird nirgends vorgelebt. Eine vom Bundesbildungsminister in Auftrag gegebene Studie, die deutsche Schulbücher auf das in ihnen vermittelte Bild über die Berufs- und Arbeitswelt hin untersuchte, kam zu dem Schluß, daß die Bücher neben der Zeit stehen, bestenfalls ein antiquiertes Bild, noch dazu voller Rollenklischees, vermitteln. An den Hochschulen setzt sich dieser Trend fort. Auch hier ist ein Umdenken in der Lehre erforderlich, damit neben dem notwendigen fachspezifischen Wissen auch Gründungs-Know-how vermittelt wird. Zumindest einen Silberstreif am Horizont gibt es hier: Im Wintersemester 1997/98 wird es an der European Business School den ersten (!) deutschen Lehrstuhl für Unternehmensgründungen geben, initiiert und finanziert von der Deutschen Ausgleichsbank. Und in den Schulen? Sollte die überfällige Aktualisierung der Lehrbücher bezüglich Umbrüchen in der Arbeitswelt, flexiblen Erwerbsverläufen, Globalisierung der Märkte, veränderten Arbeitszeitmodellen wirklich einmal in Angriff genommen werden, dann möge sie ein anderes Schicksal haben als die Rechtschreibreform. Vielleicht stehen die Chancen dafür nicht schlecht, „Entrepreneurship“ ist schließlich kein Wort aus der deutschen Sprache.

Cornelia Lang
(*cln@iwk.uni-halle.de*)

Zur Lehrstellensituation in Deutschland: Bestimmungsgrößen des Angebots an Ausbildungsplätzen

In den letzten Jahren ging das Angebot an Ausbildungsplätzen in Westdeutschland kontinuierlich zurück. Für das beginnende Ausbildungsjahr wird dort erstmals seit Mitte der 80er Jahre wieder eine Überschußnachfrage nach Lehrstellen erwartet. In Anbetracht der bereits chronischen Lehrstellenknappheit in Ostdeutschland hat sich damit der Problemdruck zusätzlich verschärft.

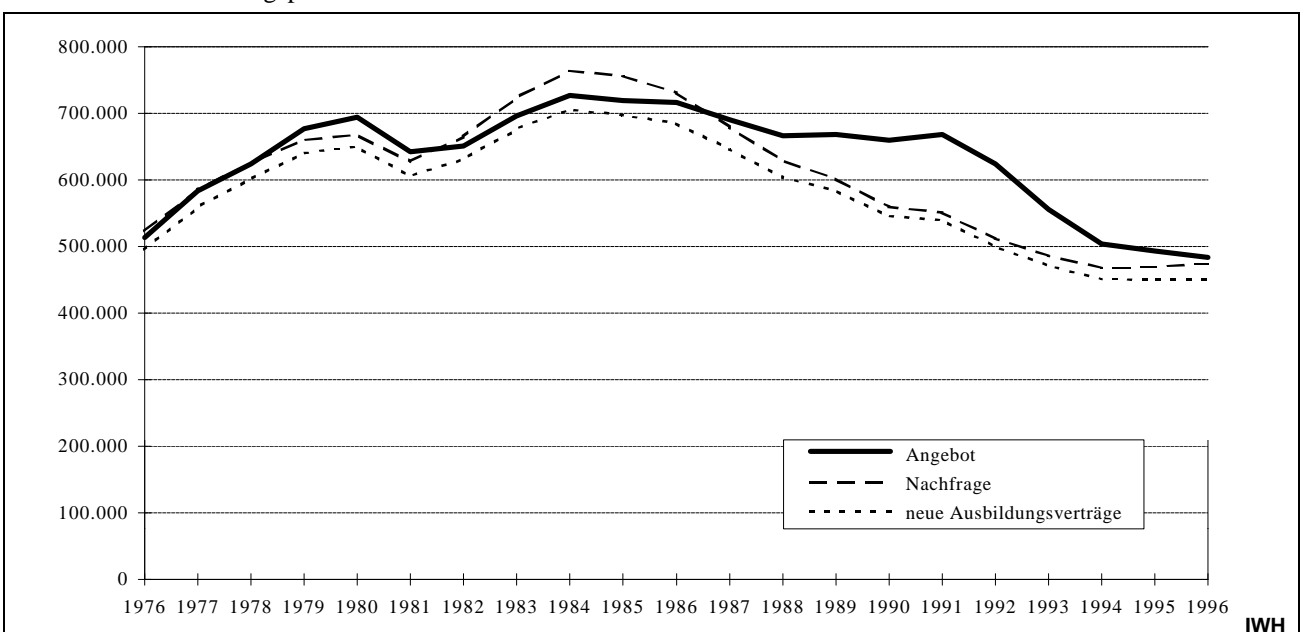
Das insgesamt geringe Angebot an Ausbildungsplätzen läßt sich im wesentlichen zurückführen auf die schwache wirtschaftliche Wachstumsdynamik und die gestiegenen Kosten der Ausbildung, hauptsächlich bedingt durch eine starke Zunahme der Ausbildungsvergütung. Gesunkene Kosten der Nichtausbildung sowie verändertes Bildungsverhalten und neue Qualifikationsanforderungen dürften diese Entwicklung zusätzlich verstärkt haben. Um ein entsprechendes Ungleichgewicht in den nächsten Jahren zu vermeiden, werden aus ökonomischer Sicht primär drei direkt wirkende Lösungsmöglichkeiten diskutiert: die Einführung einer Ausbildungsumlage, eine bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an ausbildende Unternehmen sowie eine Senkung der Ausbildungsvergütung.

Aufgrund der damit verbundenen Probleme bei der Ausgestaltung ist eine Umlagelösung zumindest in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation als ungeeignet einzustufen. Die Vergabelösung bevorzugt einseitig und ineffizient Unternehmen, die hauptsächlich von öffentlichen Aufträgen leben. Eine Senkung der Ausbildungsvergütung ist dagegen relativ einfach durchführbar und auch angesichts der Tatsache vertretbar, daß die Ausbildungsvergütung in der Vergangenheit überproportional zum tariflichen Einkommen aller Beschäftigten gestiegen ist.

Betriebliches Lehrstellenangebot sinkt unter die Nachfrage

Das duale System der Berufsausbildung gilt als einer der wichtigsten Standortvorteile Deutschlands. Die hohe Bildungsbeteiligung – zwei Drittel der Erwerbstätigen haben eine betriebliche Lehre absolviert – gepaart mit der Bereitschaft der Betriebe, sich an den Ausbildungskosten zu beteiligen, wurde in der Vergangenheit als vorbildlich dargestellt. In den letzten Jahren ist jedoch eine sinkende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen in Westdeutschland zu beobachten (vgl. Abbildung 1). Vor allem

Abbildung 1:
Ausbildungsstellenmarkt in Westdeutschland
- Anzahl der Ausbildungsplätze -



Quelle: Berufsbildungsbericht, verschiedene Ausgaben.

in der Zeit von 1991 bis 1994 nahm das Angebot an Ausbildungsstellen um 25 vH drastisch ab.¹

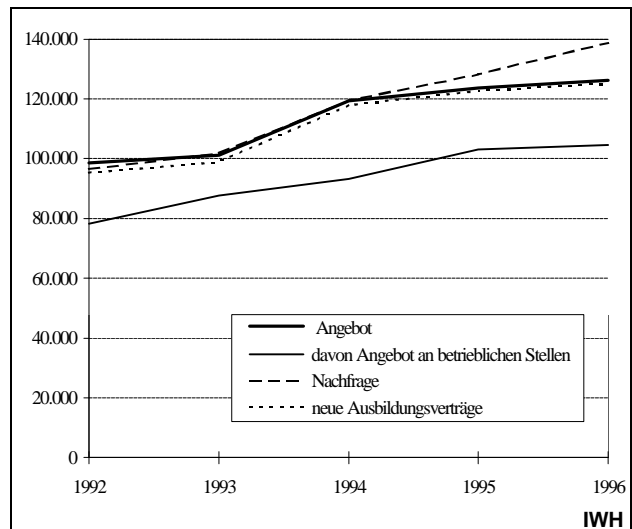
Aber auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen war lange Zeit rückläufig und lag teilweise erheblich unterhalb des Angebots. Ab 1994 stieg die Nachfrage jedoch wieder leicht an. Das Angebot hingegen ging – mit reduziertem Tempo – weiter zurück. Bis zum Jahr 2007 wird aus demographischen Gründen mit einer weiter steigenden Bewerberzahl von 1 bis 3 vH jährlich gerechnet.²

Daß die Anzahl der neuen Ausbildungsverträge jedes Jahr geringer als das Angebot und die Nachfrage ist, läßt sich mit Mismatch-Gründen erklären. Aufgrund regionaler und beruflicher Präferenzen von Bewerbern sowie nicht erfüllter Einstellungs voraussetzungen findet jedes Jahr ein gewisser Teil von Angebot und Nachfrage nicht zusammen. Da Ende August dieses Jahres 96.400 noch nicht vermittelte Bewerber gegenüber 51.600 offenen Ausbildungsstellen in Westdeutschland registriert wurden, wird dieses Jahr erstmals wieder ein Nachfrageüberhang an Bewerbern befürchtet. Zuletzt war dies 1986 der Fall.

In Ostdeutschland stellt sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt in verschärfter Form dar. Seit der Wiedervereinigung liegt das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen unterhalb der Nachfrage (vgl. Abbildung 2). Von Bund, Ländern und der Bundesanstalt für Arbeit wurde versucht, diese Lücke zu füllen, indem für betriebliche Ausbildungsstellen Zuschüsse gewährt und außerbetriebliche Ausbildungsstellen bereitgestellt wurden. Allein im Ausbildungsjahr 1996/97 wurden rund zwei von drei der neuen Ausbildungsplätze in Ostdeutschland subventioniert.³ Da sich schon Mitte

dieses Jahres erneut ein deutliches Ungleichgewicht abzeichnete, wurden auch für das Ausbildungsjahr 1997/98 Unterstützungsprogramme initiiert. In den nächsten Jahren wird mit einer konstanten Anzahl von Bewerbern gerechnet.⁴ Folglich kann von der Nachfrageseite keine Entlastung des Ausbildungsmarktes erwartet werden.

Abbildung 2:
Ausbildungsstellenmarkt in Ostdeutschland
- Anzahl der Ausbildungsplätze -



Quelle: Berufsbildungsbericht, verschiedene Ausgaben; Berufsberatung 1995/96

Kosten der Ausbildung übersteigen die Erträge

Die Faktoren, die bei der Einstellung von Auszubildenden eine Rolle spielen, unterscheiden sich nicht von denen anderer unternehmerischer Überlegungen: Es sind die Kosten und der Nutzen, die im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehen. Zu der Kostenseite einer Ausbildung zählen die Personalkosten der Auszubildenden sowie die Ausgaben für betriebliche Ausbilder und Lehrwerkstätten. Indes stellen die Auszubildenden während ihrer Lehre auch einen Ertragsfaktor dar. Sie erbringen produktive Leistungen, die der Betrieb auf der Habenseite verbuchen kann.

Meist übersteigen die Kosten jedoch die Erträge, die während der Ausbildung anfallen. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Nettokosten während einer Ausbildung in Westdeutschland im Jahr 1995 durchschnittlich 21.458 DM pro Auszubil-

¹ Das Angebot an Ausbildungsplätzen wird ermittelt aus der Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Zeitraum vom 1. Oktober des Vorjahres bis zum 30. September des jeweiligen Jahres zuzüglich der offenen Stellen, die bei den Arbeitsämtern am Stichtag 30. September gemeldet waren. Entsprechend wird die Nachfrage aus den neuen Ausbildungsverträgen und den noch nicht vermittelten Bewerbern berechnet.

² Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE – BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1996. Bad Honnef, 1996, S. 8.

³ Vgl. BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1997. Bad Honnef, 1997, S. 29 f. Angaben für Westdeutschland liegen nicht in entsprechender Form vor. Es ist jedoch davon auszugehen, daß dort nur ein geringer Anteil an Ausbildungsplätzen subventioniert wird.

⁴ Vgl. BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1996. Bad Honnef, 1996, S. 8.

denden und Jahr betragen.⁵ Seit 1991 sind diese Kosten nominal um 20,1 vH angestiegen. Wird die Inflation mit dem Index für Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte berücksichtigt, dann ergibt sich immer noch eine reale Zunahme der Kosten um 15,5 vH.

Angesichts der Tatsache, daß 1995 die Bruttokosten einer betrieblichen Ausbildung zu 51 vH aus Personalausgaben für die Auszubildenden bestanden, kommt der Entwicklung der Ausbildungsvergütung eine besondere Bedeutung zu. Zwischen 1992 und 1996 nahm die tarifliche Ausbildungsvergütung gegenüber den tariflichen Löhnen und Gehältern überproportional zu. So stieg in Westdeutschland die monatliche tarifliche Ausbildungsvergütung um 14,2 vH, während die tariflichen Einkommen der Beschäftigten um 11,8 vH stiegen.⁶ In Ostdeutschland zeigt sich ein ähnliches Bild. In den letzten vier Jahren nahm die tarifliche Ausbildungsvergütung um 51,6 vH zu; die tariflichen Löhne und Gehälter hingegen um 49,1 vH.

Es stellt sich die Frage, warum Betriebe bereit sind, diese nicht unerheblichen Nettokosten zu tragen. Die Betriebe müssen aus der Ausbildung einen Nutzen ziehen, der erst nach der Ausbildung anfällt. Andernfalls ließe sich dieses Verhalten ökonomisch nicht erklären. Die Ausbildung von Lehrlingen stellt somit eine Investition dar, die sich offensichtlich erst nach einer gewissen Zeit auszahlt.

Motive für die Investition in Ausbildung

Nach der Humankapitaltheorie ist es unter der Annahme vollkommener Märkte für Betriebe zwar rational, in Ausbildung zu investieren, aber nur in dem Maße, wie es sich dabei um die Vermittlung

betriebsspezifischer Kenntnisse handelt.⁷ Da die betriebliche Ausbildung in Deutschland aber stark von allgemein verwertbarer Wissensvermittlung geprägt ist, scheidet dieses Motiv als Erklärung weitgehend aus.

Wird jedoch die durchaus realitätsfremde Annahme fallengelassen, daß Unternehmen über vollkommene Information bezüglich der Fähigkeiten Arbeitssuchender verfügen, dann läßt sich die Bildungsbeteiligung der Betriebe besser nachvollziehen.⁸ Bei unvollkommener Information haben Unternehmen einen Anreiz auszubilden, da sie während einer Ausbildung hinreichend Gelegenheit haben, sich über die Fähigkeiten des Arbeitnehmers ein Bild zu machen. Nach der Ausbildung können sie dann die Auszubildenden fest anstellen, die ihren Ansprüchen genügen. Daher steigt die Ausbildungsbereitschaft mit dem Bedarf an ausgebildeten Fachkräften, der Bleibewahrscheinlichkeit der Auszubildenden im Betrieb und den Kosten der Nichtausbildung. Zu diesen Kosten gehören Entlassungskosten im Falle eines Irrtums bei der externen Rekrutierung von Fachkräften sowie Personalbeschaffungskosten, Kosten der Einarbeitung und Anpassungsqualifizierung sowie höhere Lohn- und Gehaltskosten.⁹

Die Höhe der Kosten der Nichtausbildung wird wesentlich vom Grad der Regulierung des Arbeitsmarktes beeinflußt. Im internationalen Vergleich kann der deutsche Arbeitsmarkt als stark reguliert bezeichnet werden.¹⁰ Institutionelle Regelungen, wie der Einfluß von Betriebsräten bei Entlassungen und Neueinstellungen, Tariflöhne und Kündigungsschutz, sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Die hohe Ausbildungsbeteiligung in Deutschland könnte daher auch auf diese Besonderheiten zurückzuführen sein. Ein Gegenstück bildet der relativ

⁵ Vgl. BARDELEBEN, R. v.; BEICHT, U.; FEHER, K.: Was kostet die betriebliche Ausbildung? Bielefeld, 1997, S. 18. Die Angaben sind repräsentative Ergebnisse für die Kammergebiete Handwerk sowie Industrie und Handel. Die genannten Kosten umfassen sowohl die unmittelbar durch die Ausbildung verursachten Kosten als auch die kalkulatorischen Kosten für nebenberufliche Ausbilder sowie für die Ausbildungsverwaltung (Vollkostenansatz).

⁶ Vgl. BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1997, S. 98. – DEUTSCHE BUNDESBANK (Hrsg.): Monatsberichte, Tariflohnindex auf Monatsbasis, diverse Ausgaben. Da davon ausgegangen werden kann, daß in Westdeutschland die durchschnittliche tarifliche Ausbildungsvergütung ungefähr der effektiven Vergütung entspricht, fällt der Unterschied hier noch deutlicher aus. Die effektiven Löhne und Gehälter sind im Zeitraum von 1992 und 1996 nur um 10,5 vH gestiegen.

⁷ Vgl. BECKER, G. S.: Human Capital – A Theoretical and Empirical Analysis with Special Reference to Education, 3. ed. Chicago, 1973.

⁸ Vgl. z.B. FRANZ, W.; SOSKICE, D.: The German Apprenticeship System, in: Buttler, F. u.a. (Hrsg.): Institutional Frameworks and Labor Market Performance. New York, 1995, S. 208-209. – ACEMOGLU, D.; PISCHKE, J.-S.: Why do Firms Train? Theory and Evidence, NBER-Working paper No. 5605, 1996.

⁹ Vgl. CRAMER, G.; MÜLLER, K.: Nutzen betrieblicher Berufsausbildung, in: Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik Nr. 195. Köln, 1994.

¹⁰ Vgl. ACEMOGLU, D.; PISCHKE, J.-S. a.a.O., S. 31-33.

unregulierter Arbeitsmarkt in den USA. Dort investieren Firmen nur in einem sehr begrenzten Umfang in Ausbildung.¹¹

Ein weiteres Motiv für die Entscheidung, Nettokosten der Ausbildung zu tragen, bietet der potentielle Reputationsgewinn für ein Unternehmen. Zum einen kann der Reputationsgewinn durch eine erhöhte Attraktivität für externe Arbeitnehmer zum Tragen kommen, die ihre berufliche Qualifikation außerhalb des dualen Systems erworben haben. Aufgrund der betrieblichen Ausbildungstätigkeit kann das Unternehmen signalisieren, daß es hohen Wert auf Personalentwicklung legt, was ein Kriterium von Arbeitssuchenden bei der Auswahl eines neuen Arbeitgebers sein dürfte. Dies hat zur Folge, daß das Unternehmen eine größere Auswahl an Bewerbern bei Neueinstellungen hat und somit die produktivsten Arbeitnehmer auswählen kann. Zum anderen können speziell auf regionalen Märkten zwischenbetriebliche Netzwerke bestehen, die dazu führen, daß Unternehmen sanktioniert werden, die nicht ausbilden. Eine genauere Analyse des Motivs des Reputationsgewinns ist bislang jedoch noch nicht vorgenommen worden.¹²

Gründe für die Reduktion des Ausbildungsplatzangebots in Westdeutschland

Trotz der aufgezeigten Motive, die für eine betriebliche Ausbildung sprechen, ist es seit 1991 zu einem erheblichen Rückgang des Ausbildungsplatzangebots gekommen. Womit läßt sich dies erklären?

Wie beschrieben wurde, orientieren sich die Ausbildungsaktivitäten der Betriebe an zwei wesentlichen Größen: den Kosten der Ausbildung und dem Bedarf an Fachkräften. Diese sind jedoch über Konjunkturzyklen hinweg keine unveränderlichen Daten. In einer Rezessionsphase steigt der Kostendruck, und eine langfristige Personalplanung rückt oft in den Hintergrund. Entsprechend wird das Angebot an Ausbildungsplätzen bei einem wirtschaftlichen Abschwung reduziert.¹³ Folglich bilden die Rezession 1993 zusammen mit der nachfolgend verhalten verlaufenden Konjunktorentwicklung eine Ursache für die Abnahme des Ausbildungsplatzan-

gebots. Dieser Abbau an Lehrstellen wurde noch verstärkt durch den oben erwähnten Anstieg der Nettokosten der Ausbildung.

Ein weiterer Grund für die nachlassende Ausbildungsbereitschaft dürfte in den gesunkenen Kosten der Nichtausbildung liegen. So läßt sich eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse beobachten. Es wurde z.B. ein vermehrter Einsatz befristeter Verträge bei jüngeren Arbeitnehmern festgestellt, nachdem 1985 der Abschluß entsprechender Verträge erleichtert wurde.¹⁴ Hierdurch lassen sich die Kosten verringern, die durch eine Fehlbesetzung entstehen; die Betriebe sind nicht mehr in gleichem Maße auf die Kennenlernphase bei einer betrieblichen Ausbildung angewiesen. Hinzu kommt auch, daß die Ausweitung von Lohnkostenzuschüssen und die Einführung von Eingliederungsverträgen einen Beitrag zur Senkung der Irrtumskosten bei der Einstellung von Arbeitslosen leisten. An dieser Stelle ergibt sich offensichtlich ein Konflikt zwischen einer Strategie zur Erhöhung von Beschäftigungsdynamik und dem Ziel einer möglichst hohen Ausbildungsbereitschaft.

Aber auch die Vorbildung der Auszubildenden spielt eine Rolle bei der Ausbildungsentscheidung. Im Zuge der Bildungsexpansion kam es zu einem starken Andrang sowohl auf das staatlich finanzierte Schulwesen (wie Berufsfachschulen, Fachhochschulen, Universitäten) als auch auf die betriebliche Ausbildung. Mitte der 80er bis Anfang der 90er Jahre fand jedoch eine Abkehr vom dualen Ausbildungssystem durch Schulabgänger mit höheren Abschlüssen statt.¹⁵ Das gewohnte Vorbildungsniveau der Bewerber für Ausbildungsplätze ist nicht mehr gewährleistet. Gleichzeitig veraltet das berufsspezifische Wissen immer schneller.¹⁶ Hierdurch wird der Zeithorizont einer Amortisation der Nettokosten der betrieblichen Ausbildung ver-

¹¹ Vgl. LYNCH, L. M.: The Economics of Youth Training in the USA, in: The Economic Journal, 420/1993, S. 1292-1302.

¹² Vgl. FRANZ, W.; SOSKICE, D. a.a.O., S. 232.

¹³ Vgl. BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1995. Bad Honnef, 1995, S. 45-49.

¹⁴ Vgl. RUDOLPH, H.: Befristete Beschäftigung von jüngeren Arbeitnehmern stark gestiegen, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 1, vom 22. Januar 1996.

¹⁵ Vgl. TESSARING, M.: Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland: Attraktivität und Beschäftigungsperspektiven – Ein Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion, in: MittAB 2, 1993, S. 139 ff. Neuere Ergebnisse über das Bildungsverhalten mit Hilfe der Bildungsgesamtrechnung des IAB liegen noch nicht vor.

¹⁶ Vgl. BÜCHEL, F.; WEISSHUHN, G.: Ausbildungsin-adäquate Beschäftigung der Absolventen des Bildungssystems. Berlin, 1997.

kürzt und führt zu einer nachlassenden Neigung der Betriebe, substantielle Investitionen in die Erstausbildung zu tätigen. Infolge dessen gibt es Anzeichen für eine zunehmende Substitution von betrieblich Ausgebildeten durch Absolventen mit schulischer oder akademischer Berufsausbildung.¹⁷

Die Situation in Ostdeutschland

Zusätzlich zu den oben genannten Ursachen läßt sich das geringe Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland auf die dortige besondere wirtschaftliche Situation zurückführen.¹⁸ Die vorherrschende Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung und die schwache Ertragslage machen es vielen Unternehmen schwer, eine langfristige Personalplanung vorzunehmen. Außerdem besteht in den Augen mancher Betriebe aufgrund von Überkapazitäten, jungen Belegschaftsstrukturen sowie arbeitslosen Fachkräften keine Notwendigkeit, für den eigenen Bedarf auszubilden.

Ein weiteres Hemmnis stellen die hohen Anfangsinvestitionen dar, die zum Start einer Ausbildungstätigkeit vorgenommen werden müssen. Die zur Ausbildung erforderliche Infrastruktur existiert in vielen Betrieben nicht oder nicht mehr.¹⁹ Die (Wieder-)Einführung des Ausbildungspersonals und der Einrichtungen ist anfänglich sehr ausgabenintensiv und belastet zusätzlich die schwache Ertragslage der Unternehmen.

Auf dieses geringe Angebot an Ausbildungsplätzen in Ostdeutschland trifft eine vergleichsweise hohe Nachfrage, was zu einer Verschärfung des Problems beiträgt. Zum einen sind die Jahrgänge, die vor einer Entscheidung über ihre berufliche Zukunft stehen, relativ stark besetzt. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung betrug der Anteil der 15- bis unter 20jährigen in Ostdeutschland 1995 6,3 vH und lag damit um 1,2 Prozentpunkte beziehungsweise rund 20 vH über dem westdeutschen

Vergleichswert.²⁰ Zum andern deuten Umfragen darauf hin, daß ostdeutsche Schüler ein höheres Interesse an der Aufnahme einer Lehre haben als ihre westdeutschen Altersgenossen.²¹

Was tun angesichts des geringen Angebots an Ausbildungsplätzen?

Die Politik hat sich zur Aufgabe gesetzt, das Ungleichgewicht auf dem Ausbildungsmarkt zu beseitigen, damit jeder ausbildungswillige und -fähige Bewerber einen Ausbildungsplatz findet. Die Lösungsansätze laufen entweder darauf hinaus, die Kosten der Nichtausbildung zu erhöhen oder die Kosten der Ausbildung zu senken. Beides kann ökonomisch sinnvoll sein. Für die konkret vorgeschlagenen Instrumente ergeben sich jedoch erhebliche Bewertungsunterschiede. Aus ökonomischer Sicht sind vor allem drei Instrumente zu nennen, die in der öffentlichen Diskussion besondere Aufmerksamkeit erlangt haben: die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage, die Änderung der Vergaberichtlinie bei öffentlichen Aufträgen und die Senkung der Ausbildungsvergütung.²²

Ausbildungsumlage kontraproduktiv

Die Einführung einer Ausbildungsumlage sieht vor, die Finanzierung von betrieblicher Ausbildung neu zu regeln, indem alle Unternehmen eine Abgabe in einen Fonds einzahlen müssen, welcher nach festen Kriterien an ausbildende Unternehmen oder andere Ausbildungsträger verteilt wird. Durch die Ausbildungsumlage werden folglich die Kosten der Nichtausbildung erhöht.

Verschiedene Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Umlage sind denkbar. Die Möglichkeiten reichen von Zentralfonds, an denen sich alle Unternehmen beteiligen müßten, bis zu Partialfonds auf Kammer-, Tarifgebiets- oder Berufsebene. Weitere Ausgestaltungsspielräume bieten die Form der Auszah-

¹⁷ Vgl. DREXEL, I.: Karrieren für Facharbeiter, der mittlere Qualifikationsbereich in der Zange und die Zukunft des dualen Systems, in: Liesering, S. u.a. (Hrsg.): Die Zukunft der dualen Berufsausbildung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 186, S. 184-188.

¹⁸ Vgl. BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1997. Bad Honnef, 1997, S. 31-33.

¹⁹ Vgl. SCHÖBER, K.: Von der Lehrstellenbilanz zum Lehrstellenmarkt, in: Jansen, R. (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Berufsausbildung in den neuen Bundesländern. Bielefeld, 1995, S. 33-68.

²⁰ Vgl. BMBF (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1996/97. Bonn 1997.

²¹ Vgl. BMBF (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 1997. Bad Honnef, 1997, S. 34 f. Übergangsquoten gemäß der Bildungsgesamtrechnung des IAB liegen für Ostdeutschland noch nicht vor.

²² Daneben sind auch Maßnahmen hilfreich, die sich im Bereich der Bildungspolitik bewegen, wie z.B. die zeitliche Einteilung des Berufsschulunterrichts oder die Schaffung neuer Berufsbilder. Entsprechende Reformen sind schon im größeren Stil eingeleitet worden.

lung der Beträge: Alle ausbildenden Betriebe bekommen ihre Ausbildungskosten (teilweise) erstattet, nur zusätzliche Ausbildungsplätze oder außerbetriebliche Ausbildungsplätze werden finanziert. Hier ist anzumerken, daß die Finanzierung von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen im Prinzip eine Ausweitung der schulischen Ausbildung darstellt, für deren Finanzierung bisher die Betriebe nicht verantwortlich waren.

Einer Ausbildungsumlage wohnen mehrere Nachteile inne. Zum einen besteht bezüglich der Festlegung der Höhe der Umlage ein erhebliches Informationsproblem. Sowohl die optimale Menge an Ausbildungsplätzen als auch der genaue Zusammenhang zwischen Ausbildungskosten und Angebot sind nicht bekannt. Daher sind ein langwieriger politischer Entscheidungsprozeß und eine erhebliche Bürokratisierung zu befürchten. Beides führt zu hohen Kosten und läßt zugleich berechtigte Zweifel an der Durchführbarkeit einer Umlage aufkommen, insbesondere in bezug auf die notwendige Reaktionsfähigkeit auf veränderte Verhältnisse.

Zum anderen findet – unabhängig von der genauen Ausgestaltung der Bemessungsgrundlage der Umlage – eine Verschiebung der Ausbildungskosten auf die Betriebe statt. Dies wirkt jedoch einer Entlastung der Betriebe zur Schaffung zusätzlicher wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze entgegen, welches im verstärkten Maße bei dem Vorschlag der Fall ist, die Umlage an der Lohn- und Gehaltssumme der Unternehmen zu koppeln. Hier wird der Faktor Arbeit sogar relativ stärker als Kapital belastet. Eine Ausbildungsumlage ist daher insbesondere in der jetzigen wirtschaftlichen Situation nicht das richtige Instrument.

Öffentliche Auftragsvergabe an Ausbildung koppeln?

Eine Möglichkeit zur Senkung der Ausbildungskosten besteht in der bevorzugten Vergabe öffentlicher Aufträge an ausbildende Unternehmen. Dem Prinzip nach handelt es sich hier um eine Subvention von Ausbildungsbetrieben. Dieser Vorschlag stellt jedoch im wesentlichen aus zwei Gründen keine befriedigende Lösung dar. Erstens wird nur eine geringe Anzahl von Betrieben betroffen sein, die meist schon überdurchschnittlich stark ausbilden, wie z.B. Betriebe der Bauwirtschaft und des Handwerks. Eine Subventionierung der Ausbildung

sollte jedoch allen ausbildenden Betrieben gleichermaßen zugute kommen. Zweitens steht hier das politische Ziel der Ausbildungsförderung im Konflikt mit einer effizienten Vergabe öffentlicher Mittel, ein Konflikt, wie er in paralleler Form auch in der Praxis des Entsendegesetzes vorliegt.

Ausbildungsvergütung senken oder einfrieren

Gegenüber der bevorzugten Auftragsvergabe bietet eine Senkung der Ausbildungsvergütung eine bessere Alternative, die Ausbildungskosten zu reduzieren und damit das Ausbildungsangebot zu erhöhen. Zum einen ist dieser Ansatz ursachenadäquat, da die Kosten der Ausbildung im wesentlichen durch eine überproportionale Zunahme der Ausbildungsvergütung gestiegen sind. Zum anderen gibt es praktisch keine institutionellen Hemmnisse bei der Umsetzung einer solchen Strategie. Schließlich entspräche eine Lohnsenkung einem zu erwartenden ökonomischen Reflex auf die wachsende Anzahl von Bewerbern. Dies dürfte den benötigten Raum für ein höheres Angebot an Ausbildungsstellen schaffen.

Eine stärkere Orientierung der Ausbildungsvergütung an Angebot und Nachfrage findet sich schon in einigen Tarifverträgen wieder. So wurde zum Beispiel im Groß- und Einzelhandel in Hessen vereinbart, daß die Ausbildungsvergütung für 12 Monate nicht erhöht wird, falls die Anzahl der Ausbildungsplätze 1996 gegenüber 1995 um 10 vH zunimmt. In ähnlicher Weise wurde in der kunststoffverarbeitenden Industrie Hessens für das Ausbildungsjahr 1996/97 eine Beibehaltung der Ausbildungsvergütung vereinbart, nachdem im davor liegenden Jahr die Anzahl der Ausbildungsplätze um 15 vH zugenommen hatte. Eine Ausweitung dieser Ansätze wäre zu empfehlen. Es ist jedoch zu bedenken, daß insbesondere bei einer Kürzung der Vergütung die räumliche Mobilität der Auszubildenden bei der Wahl ihrer Lehrstelle eingeschränkt werden kann. Solche Hemmnisse lassen sich jedoch durch finanzielle Beihilfen an Auszubildende vermeiden, wie sie etwa das Land Nordrhein-Westfalen gewährt, wenn zum Antritt einer Lehrstelle eine „unzumutbare“ Wegstrecke bewältigt werden müßte.

Vorrangiges Ziel: Förderung der wirtschaftlichen Wachstumsdynamik

Bei der Suche nach Auswegen aus der Lehrstellenmisere darf jedoch nicht übersehen werden, daß

die Frage des Ausbildungsbedarfs letztlich als eine Frage der gesamtwirtschaftlichen Dynamik anzusehen ist. Eine Rückkehr zu stärkerer Regulierung des Arbeitsmarktes kann keine Lösung des Problems sein, da dies eher Arbeitsplätze gefährden würde. Auch weil ein steigender Bedarf an Fachkräften letztendlich das Angebot an Lehrstellen erhöht, sind Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähig-

keit der Unternehmen der erste Ansatzpunkt bei der Lösung des Problems. Dies gilt vor allem für Ostdeutschland. Eine Ausbildung hingegen, die über den künftigen Bedarf hinaus führt, ist gesamtwirtschaftlich fragwürdig und stellt allenfalls eine Problemverschiebung dar.

Annette Bergemann
(abn@iwh.uni-halle.de)

Kapitalstock und demographische Komponente – Wie kann die Rentenversicherung reformiert werden?

Die aktuelle Diskussion um die Alterssicherung läßt auf einen Problemstau in der gesetzlichen Rentenversicherung schließen. Ein Rentenniveau auf heutigem Stand müßte langfristig mit drastisch steigenden Beiträgen erkaufte werden, die an der Spitze um das Jahr 2030 bei 28,8 vH der Bruttolöhne liegen würden. Daher treffen Vorschläge, die einen Ausweg aus diesem Dilemma anbieten, auf offene Ohren. Dazu zählen die Ergänzung des Umlageverfahrens durch eine demographische Komponente und einen Teilkapitalstock.

Mit beiden Vorschlägen sind expansive und kontraktive Rückwirkungen auf die Volkswirtschaft verbunden. In der vorliegenden Studie werden die Nettoeffekte der Reformvorschläge auf Rentenversicherung und Gesamtwirtschaft mit einem makroökonomischen Modell simuliert.

Die Untersuchungen machen deutlich, daß die Einführung einer demographischen Komponente eine Abflachung zukünftiger Beitragssteigerungen mit sich bringt. Der Rückgang ist jedoch nicht ausreichend und beträgt in der Phase der höchsten Belastung lediglich 2,4 Prozentpunkte. Dabei sinkt das Rentenniveau bis zum Jahr 2035 auf 65 vH der Nettolöhne. Bei diesem Niveau sind jedoch Beitragssätze in heutiger Höhe erreichbar, wenn die gesetzliche Rentenversicherung durch einen Teilkapitalstock ergänzt wird. Sein Aufbau kann durch Mittel erfolgen, die z.B. aus der Einführung einer Arbeitssteuer von 2,8 vH der Bruttolöhne oder der Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte resultieren. Die Berechnungen unterstellen die sofortige Umsetzung der jeweiligen Alternative. Die Mehrwertsteuervariante liefert insgesamt die bessere makroökonomische Performance, so daß diese Alternative zu empfehlen ist.

Reformvorschläge in der aktuellen Rentendiskussion

Die gesetzliche Rentenversicherung ist durch die aktuelle Arbeitsmarktlage und die zukünftige demographische Entwicklung in die Diskussion geraten. Deutliche Beitragsanhebungen zur Deckung künftiger Defizite werden vielfach als nicht mehr tolerabel angesehen, weil die Grenze der Belastbarkeit bereits heute erreicht zu sein scheint. Tatsächlich verteuern steigende Beitragssätze den Faktor Arbeit und schränken die Spielräume für Lohnverhandlungen und Beschäftigung ein. Zudem werden Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der Sozialversicherung indirekt gefördert. Mit der Diskussion ist eine wachsende Konjunktur von Reformvorschlägen verbunden.

Zwei wichtige Anker in der Debatte sind die Einführung einer demographischen Komponente, die die Rentenanpassung modifiziert und die Bildung eines Kapitalstocks als Ergänzung zum praktizierten Umlageverfahren.²³ Die demographische Komponente zielt darauf ab, zukünftige Rentenerhöhungen entsprechend der Bevölkerungsentwicklung zu vermindern. Der Teilkapitalstock soll dagegen die Rentenversicherung in der schwierigsten demographischen Phase entlasten und so eine zu starke Absenkung der Renten bzw. eine übermäßige Erhöhung der Beiträge verhindern (Untertunnelungsstrategie).

²³ Das IWH hat darüber hinaus die kurzfristigen Effekte einer Umfinanzierung versicherungsfremder Leistungen untersucht. Vgl. dazu DREGER, C.: Beschäftigungswirkungen einer Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung: Ergebnisse einer Simulationsrechnung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 16/1996.

Möglichkeiten und Grenzen einer demographischen Komponente

Seit dem Reformgesetz von 1992 orientiert sich die jährliche Rentenanpassung im wesentlichen an der Dynamik der Nettolöhne. Danach partizipieren die Rentner an den Einkommenssteigerungen der abhängig Beschäftigten. Ein Anstieg der Lebenserwartung führt in diesem System zu einer intergenerativen Verteilungsasymmetrie. Die jeweilige Rentnergeneration wird nämlich bevorteilt. Bedingt durch eine höhere Lebenserwartung bezieht sie länger Rente als die Rentnergeneration, für die sie im Rahmen des Umlageverfahrens Beiträge geleistet hat. Eine Internalisierung der Lebenserwartung kann durch eine Veränderung der Rentenanpassungsformel erreicht werden, in die eine demographische Komponente als neuer Faktor einzubauen ist. Im Ergebnis wird das individuelle Rentenvolumen über eine längere Rentenbezugsdauer verteilt, so daß die Rentner die finanziellen Lasten ihrer steigenden Lebenserwartung selbst tragen. Dies führt zu einer Absenkung des mittleren Rentenniveaus²⁴, so daß die Beitragsdynamik in der Rentenversicherung und der Anstieg der Arbeitskosten gebremst werden können. Der Rückgang des Rentenniveaus ist jedoch nicht notwendig mit einer Minderung der Rentenauszahlungen verbunden, weil lediglich Rentenerhöhungen gekürzt werden. Diese Strategie hat gegenüber der ebenfalls diskutierten Erhöhung des Renteneintrittsalters den Vorteil, daß auch die derzeitigen Rentner an den demographischen Kosten beteiligt werden.

Die beschriebene Ausgestaltung der demographischen Komponente ist unlängst von der Rentenreformkommission vorgeschlagen worden und befindet sich derzeit in der parlamentarischen Diskussion.²⁵ Die Kommission hat das Prinzip jedoch nicht vollständig umgesetzt. Nach der gegenwärtigen Beschlußlage wird der Rentnergeneration die steigende Lebenserwartung nur zur Hälfte angerechnet. Der andere Teil wird von den jeweiligen Beitragszahlern finanziert. Hierbei handelt es sich um eine (sozial)politisch motivierte Entscheidung, die das zu schnelle und zu starke Absinken des Ren-

tenniveaus auf 61 vH des Durchschnittsverdienstes verhindern soll, das sich bei einer alleinigen Belastung der Rentner bis zum Jahr 2030 ergeben hätte.

Andere Konzepte der demographischen Komponente gehen über die längere Rentenbezugsdauer hinaus. Mit der Wahl des Durchschnittsalters der Wohnbevölkerung als Indikator der demographischen Entwicklung wird zusätzlich die Reproduktionsrate und das Migrationsverhalten der Bevölkerung berücksichtigt.²⁶ Außerdem wird vorgeschlagen, die Rentendynamik entsprechend der Arbeitsmarktsituation abzuschwächen.²⁷

Dies ist jedoch nicht unproblematisch, weil die Rentner bereits an den Kosten der ökonomischen und demographischen Entwicklung beteiligt sind. Ihr Kostenanteil ergibt sich aus der Nettoanpassung der Renten. Wenn beispielsweise die Beiträge zur Rentenversicherung infolge einer zurückgehenden Geburtenrate steigen, wird die Entwicklung der Nettolöhne gebremst, was entsprechend auch die Renten betrifft.²⁸ Der gleiche Effekt stellt sich ein, wenn die Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung aufgrund einer zunehmenden Unterbeschäftigung angehoben werden. Insgesamt sollte bei der Vorgabe einer demographischen Komponente nicht einseitig auf eine Rentenkürzung um jeden Preis abgestellt und eine Doppelbelastung der Rentner vermieden werden.

Ergänzung des Umlageverfahrens um einen Teilkapitalstock

Ein zweiter Vorschlag der aktuellen Reformdiskussion zielt darauf ab, die künftigen Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung durch den Aufbau eines Teilkapitalstocks zu lösen. Das Umlagesystem wird um ein kapitalgedecktes Vorsorgesystem erweitert. Wachsende Rentenverpflichtungen werden zum Teil aus dem angesparten Kapitalbestand in Gestalt von Dividenden und Zinszahlungen abgegolten. Der Kapitalstock fungiert als Puf-

²⁴ Das mittlere Rentenniveau ergibt sich als Quotient der durchschnittlichen Nettorente und des Nettolohns.

²⁵ BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (Hrsg.): Vorschläge der Kommission „Fortentwicklung der Rentenversicherung“. Bonn 1997.

²⁶ STORM, A.: Wie weiter mit dem Rentenconsens? – Für eine belastungsorientierte Erneuerung des Generationenvertrags. Bonn 1996.

²⁷ BOMSDORF, E.: Ansätze zur Adaption der Rentenformel – ein Beitrag zur Lösung des Rentenproblems, in: Deutsche Rentenversicherung, Nr. 7/1996, S. 401-415.

²⁸ RÜRUP, B.: Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung. Gutachten für die Enquete-Kommission „Demographischer Wandel des Deutschen Bundestages“. Bonn 1996.

fer, der die steigende Diskrepanz zwischen den Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung überbrückt. Organisatorisch kann der Kapitalstock von einer zentralen, politisch unabhängigen Instanz verwaltet werden, die auch die Entscheidung über die Anlageform der zur Verfügung stehenden Mittel trifft.

Eine vollständige Ablösung des Umlageverfahrens durch ein Kapitaldeckungssystem dürfte dagegen bereits an der Größenordnung des dann benötigten Kapitalbestandes scheitern. So müßte der Umfang des Kapitalstocks gegenwärtig etwa 10 Billionen DM betragen, um die Rentenansprüche allein durch ein Kapitaldeckungsverfahren zu befriedigen.²⁹ Ein solcher Kapitalaufbau scheint nur auf lange Sicht möglich zu sein, so daß heute einem Mischsystem eindeutig der Vorzug zu geben ist. Dabei empfiehlt es sich, mit der Kapitalansammlung möglichst frühzeitig zu beginnen, um Zinseszins effekte auszunutzen.

Volkswirtschaftliche Effekte einer verstärkten Kapitalbildung in der Rentenversicherung

Mit einem Teilkapitalstock lassen sich spätere Beitragserhöhungen vermeiden, so daß sich die Wettbewerbsposition des Faktors Arbeit verbessert und ein höherer Beschäftigtenstand resultieren kann, der nachgelagert auch das künftige Rentendefizit mindert. Darüber hinaus sind wegen der erhöhten Ersparnisbildung eher sinkende Kapitalmarktzinssätze zu erwarten, so daß zusätzliche private Investitionen angeregt werden, mit denen mittelfristig ein höherer Wachstumspfad des Sozialprodukts erreichbar ist. Eine Absenkung des Zinsniveaus dürfte jedoch angesichts des Verflechtungsgrades internationaler Kapitalmärkte gering ausfallen.

Die Bildung eines Kapitalstocks führt damit einerseits zu stimulierenden volkswirtschaftlichen Effekten. Aus seiner Finanzierung erwachsen andererseits jedoch auch kontraktiv verlaufende Reaktionsmechanismen, die die expansiven Wirkungen mindestens teilweise kompensieren. Die Ausgestal-

tung der Finanzierungsmodalitäten führt zu unterschiedlichen Szenarien.

Die Mittel für den Kapitalstock können etwa in Form einer Arbeitssteuer erbracht werden, die hälftig von den beschäftigten Arbeitnehmern und den Arbeitgebern getragen wird. Sie orientiert sich am Bruttolohn der Beschäftigten und kann nach ihrer Belastungswirkung wie eine Steigerung der Beitragssätze im praktizierten Umlageverfahren interpretiert werden. Der Unterschied besteht darin, daß das Steueraufkommen nicht an die Rentner weitergegeben wird. Mit der Einführung einer Arbeitssteuer ist jedoch ein Rückgang der verfügbaren Einkommen verbunden, der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mindert. Gleichzeitig ergibt sich eine Steigerung der Arbeitskosten, die tendentiell das Beschäftigungsvolumen reduziert.

Eine zweite Finanzierungsmöglichkeit besteht in der Ausdehnung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung. Damit wären auch Nicht-Mitglieder der Rentenversicherung an der Kapitalbildung und so an der Altersvorsorge der Versicherten beteiligt. Verteilungspolitisch ist eine solche Maßnahme mit einer relativ gerechteren Finanzierung versicherungsfremder Leistungen begründbar.³⁰ Die Finanzierung des Bundeszuschusses erfolgt aus Steuermitteln. Denkbar ist z.B. eine Anhebung der Mehrwertsteuer, die die Ressourcen der Haushalte schmälert und den Verbrauch zurückdrängt. Im Gegensatz zur Arbeitssteuer werden die Arbeitskosten nicht beeinflusst, solange aus der Preissteigerung keine höheren Lohnforderungen resultieren. Darüber hinaus werden Anreize zur Aufnahme sozialversicherungsfreier Beschäftigung vermindert und Steuervermeidungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Szenarien einer Teilkapitalstockbildung

Insgesamt sind mit dem System eines Teilkapitalstocks positive und negative Rückwirkungen auf makroökonomische Variablen wie z.B. die Beschäftigung verbunden. Welche Effekte dabei letztlich quantitativ dominieren, läßt sich wegen der vielfältigen Wirkungszusammenhänge allenfalls auf

²⁹ Vgl. HUSMANN, J.: Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung, in: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.): Aktuelles Presseseminar des VDR. Frankfurt/Würzburg 1996, S. 21-50.

³⁰ Allerdings sind Definition und Umfang versicherungsfremder Leistungen nicht unumstritten. Vgl. z.B. KOLB, J.; TRABERT, L.: Geringfügige Beschäftigung – notwendige Reformen und die Hürde der versicherungsfremden Leistungen. IWH-Diskussionspapier Nr. 45, 1996.

der Grundlage eines makroökonomischen Modells untersuchen, das die entsprechenden Wechselbeziehungen zwischen den beteiligten Größen erfaßt. Hier wird das simultane Modell des IWH³¹ eingesetzt, das in der zugrunde gelegten Version 120 Gleichungen enthält, die sämtlich auf Jahresbasis geschätzt sind. Die Simulation erstreckt sich bis zum Jahr 2035.

In das Modell geht die Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes in der sogenannten Variante 2 ein, die einen mittleren Entwicklungspfad unterstellt.³² Danach sinkt das Erwerbspersonenpotential von derzeit 47 Mio. auf etwa 38 Mio. Personen im Jahr 2035. Die Prognose der Anzahl der Eckrentner erfolgt auf der Basis der Rechnungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger von derzeit etwa 12,8 Mio. auf 19 Mio. im Jahr 2035.³³

Die Einnahmen der Rentenkassen setzen sich im Modell additiv aus zwei Elementen zusammen. Zum einen ist das Beitragsaufkommen zu berücksichtigen, das aus der Umlagekomponente resultiert und paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert wird. Es wird durch den Bundeszuschuß zur gesetzlichen Rentenversicherung vermehrt. Die zweite Komponente sind die Dividenden und Zinszahlungen, die aus dem Kapitalstock resultieren. Die Berechnung der Kapitaleinkünfte erfolgt auf der Basis der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere. Sie wird im Modell bestimmt und beträgt in der Simulationsperiode durchschnittlich etwa 6,5 vH.

Die Ausgaben der Rentenversicherung ergeben sich, indem die Anzahl der Eckrentner mit der Standardrente multipliziert werden. Während die Eckrentner exogen vorgegeben sind, ist der Verlauf der Standardrente auf der Basis der Rentenanpassungsformel erklärt. Abgesehen von der Entwicklung des

Status quo geht stets die von der Rentenkommission vorgeschlagene demographische Komponente in die Fortschreibung des aktuellen Rentenwertes ein. Die Differenz zwischen den Rentenverpflichtungen und dem umlagefinanzierten Beitragsaufkommen ist aus den Kapitaleinkünften zu bestreiten.

Die Berechnungen setzen voraus, daß der Kapitalstock entsprechend der Untertunnelungsstrategie bis zum Ende der Simulationsperiode vollständig wieder abgebaut wird. Allerdings ließe sich der Kapitalstock auch für einen oftmals geforderten Übergang zu einer vollständigen Kapitaldeckung der Rentenversicherung nutzen. Es ist jedoch zu bedenken, daß ein Systemwechsel ungeachtet der Finanzierungsalternative bedeutend höhere Belastungen für die heutige Volkswirtschaft implizieren würde.³⁴ Fraglich ist, ob dies der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation angemessen wäre.

Die Simulation wird bis zum Jahr 2035 durchgeführt, weil ab diesem Zeitpunkt tendentiell eine Entspannung der demographischen Entwicklung zu erwarten ist. Damit wird der Prognosezeitraum noch in einem einigermaßen überschaubaren Rahmen gehalten.

Ergebnisse der Simulation

Wird auf Reformmaßnahmen jeglicher Art verzichtet, sind künftige Defizite in der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwarten. Sie erreichen etwa 400 Mrd. DM für das Jahr 2030 und würden Beitragsanhebungen auf knapp 29 vH im Status quo erforderlich machen. Um die daraus erwachsenden Belastungen zu reduzieren, ist ein rascher Einsatz von Reformmaßnahmen erforderlich.

Die demographische Komponente der Rentenkommission ist durchaus tauglich, die Rentenkassen zu entlasten und den drohenden Beitragsanstieg abzumildern. Wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist, sind an der Spitze Beitragssätze in Höhe von 26,4 vH zu erwarten. Sie liegen damit um 2,4 Prozentpunkte unter dem Referenzwert der Status-quo-Entwicklung.

Die Einführung der demographischen Komponente führt zu einer Absenkung des Rentenniveaus, das am Ende der Simulationsperiode noch 65 vH der Nettolöhne betragen wird. Trotz dieser deutli-

³¹ Vgl. DREGER, C.; BRAUTZSCH, H.-U.: Das makroökonomische Modell des IWH. IWH-Diskussionspapier Nr. 55, 1997.

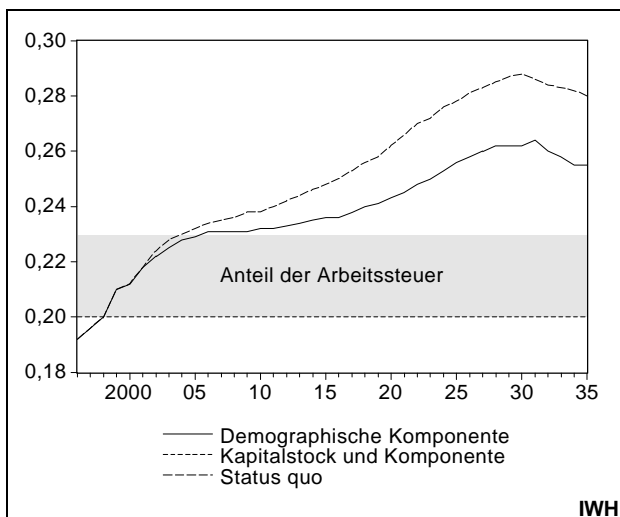
³² Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Entwicklung der Bevölkerung bis 2040, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7, 1994.

³³ Vgl. VERBAND DEUTSCHER RENTENVERSICHERUNGSTRÄGER: Rentenversicherung in Zahlen, Frankfurt 1996. Der Eckrentner hat über einen Zeitraum von 45 Beitragsjahren stets das Durchschnittseinkommen erhalten. Er bezieht die Standardrente, auf deren Basis sich das Rentenniveau berechnet.

³⁴ Außerdem entstünden intergenerative Verteilungsprobleme, wenn der Kapitalstock an die nächste Generation übergeben wird.

chen Reduktion wird die Belastung der Beitragszahler erheblich wachsen. Eine Festschreibung der Beitragssätze auf dem heutigen Stand wäre mit einem Rentenniveau von weit unter 60 vH verbunden. Daher ist das aktuelle Reformvorhaben durch weitere Maßnahmen zu ergänzen, um eine akzeptable Kombination aus Beitragssätzen und Rentenniveau zu erreichen. Gemeinsam mit einem Teilkapitalstock läßt sich die aktuelle Beitragsbelastung halten, die in Abbildung 1 durch die untere horizontale Linie repräsentiert wird und 20 vH beträgt. Allerdings sind hier die zusätzlichen Belastungen zu berücksichtigen, die aus dem Kapitalaufbau resultieren. Sie betragen z.B. bei der Finanzierung durch eine Arbeitssteuer 2,8 vH, so daß die tatsächliche Beitragsbelastung bereits am Beginn der Simulation auf 22,8 vH steigt.

Abbildung 1:
Verlauf der Beitragssätze für unterschiedliche Szenarien 1996 bis 2035

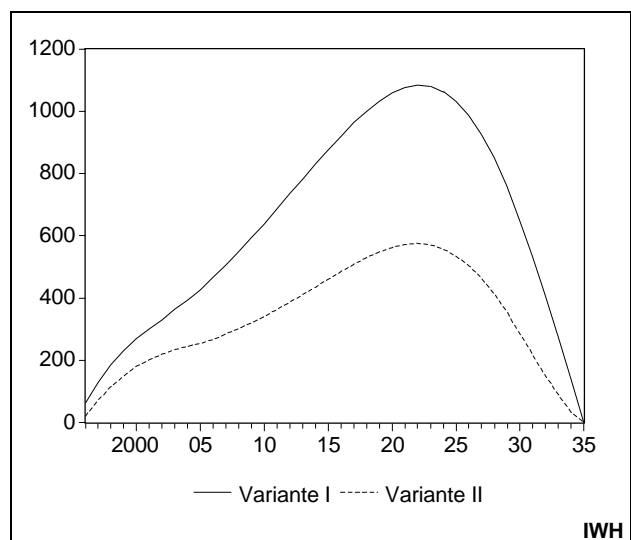


Quelle: Simulation auf Basis des IWH-Modells. Demographische Komponente lt. Vorgabe der Rentenkommission.

Die Simulation der Wirkungen eines Teilkapitalstocks unterscheidet zwei Szenarien. In der Variante I wird eine Arbeitssteuer in Höhe von 2,8 vH der Bruttolöhne eingeführt, die hälftig von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu finanzieren ist. Dagegen wird in Variante II die Mehrwertsteuer um gut 3 Prozentpunkte erhöht. Die jeweiligen Maßnahmen greifen bereits am Beginn des Simulationszeitraums und werden unverändert bis zum Ende der Untersuchungsperiode beibehalten, an dem der Kapitalstock vollständig aufgezehrt ist. Beide Varianten werden durch den Einsatz der von der Kommission vorge-

schlagenen demographischen Komponente flankiert, die im Ergebnis eine Absenkung des Rentenniveaus auf 65 vH bewirkt. Um die Entlastungswirkungen der diskutierten Reformansätze zu separieren, wird zusätzlich die Entwicklung ausgewiesen, die sich bei einem alleinigen Einsatz der demographischen Komponente (ohne Teilkapitalstock) ergibt (Variante III). Die Beitragssätze des Umlageverfahrens bleiben in jedem der zwei Kapitalstockszenarien auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren. Die prognostizierte Entwicklung des Kapitalstocks ist in Abbildung 2 dargestellt.

Abbildung 2:
Umfang des Teilkapitalstocks in jeweiligen Preisen bei alternativen Finanzierungen^a
- in Mrd. DM -



^a Annahmen: Konstanz des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 20 vH. Variante I: Einführung einer Arbeitssteuer von 2,8 vH. Variante II: Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 vH. Demographische Komponente jeweils nach Vorgabe der Rentenkommission.

Quelle: Simulation auf Basis des IWH-Modells.

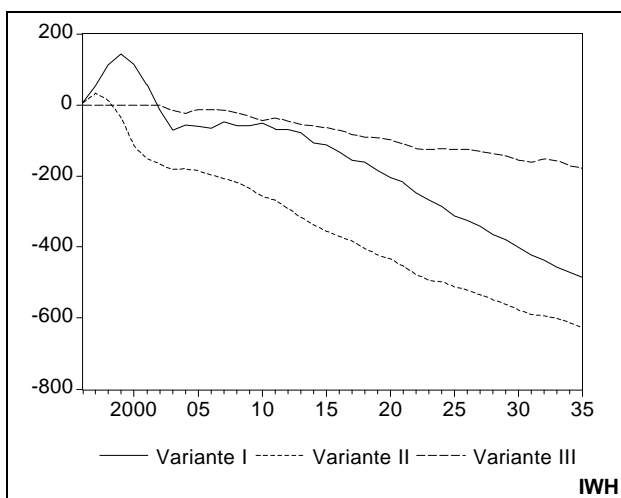
Nach einem stetigen Anwachsen bis etwa 2020 wird der Kapitalstock in relativ kurzer Zeit bis zum Jahr 2035 abgebaut. Er ist als Ergänzung zum Umlageverfahren konzipiert und erreicht daher bei weitem nicht die Dimension, die erforderlich wäre, um die gesamte Alterssicherung auf eine Kapitalstockbasis zu stellen. Sein Höchststand wird um das Jahr 2020 realisiert. Er beträgt in Variante I (Arbeitssteuer) etwa 1,1 Billionen DM. Dagegen liegt der Maximalwert bei rund 550 Mrd. DM, wenn die Mehrwertsteuer erhöht wird.

Bei der Anhebung der Mehrwertsteuer entspricht das Volumen des Teilkapitalstocks nur etwa dem

halben Umfang der Arbeitssteuervariante. Dies beruht auf unterschiedlichen Wachstumsperspektiven, die von den Finanzierungsstrategien ausgelöst werden.

Zwar sind in der Anfangszeit die kontraktiven Effekte dominierend, die aus der Steuererhöhung resultieren. So ist z.B. in den beiden Alternativszenarien anfänglich eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Status quo zu beobachten (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3:
Entwicklung der Arbeitslosen relativ zum Status quo 1996 bis 2035, kumuliert^a
- in 1.000 Personen -

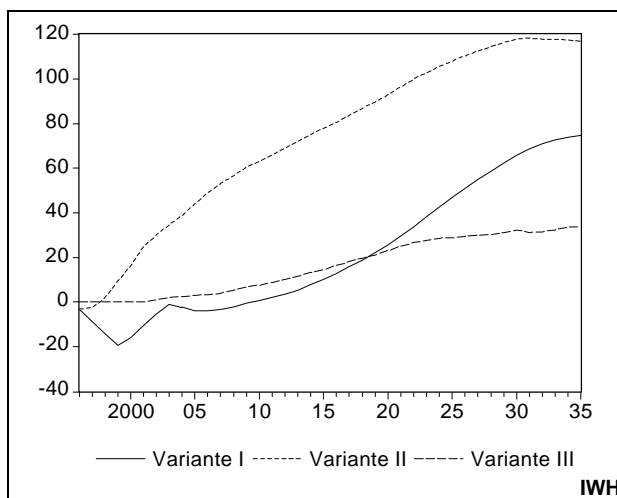


^a Annahmen: Konstanz des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 20 vH. Variante I: Einführung einer Arbeitssteuer von 2,8 vH. Variante II: Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 vH. Variante III: Nur demographische Komponente. Demographische Komponente jeweils nach Vorgabe der Rentenkommission.
Quelle: Simulation auf Basis des IWH-Modells.

In der ersten Fünfjahresperiode ergibt sich z.B. in der Arbeitssteuervariante eine höhere Arbeitslosigkeit als im Status quo. Der Überschuss beträgt an der Spitze 140.000 Personen. Damit korrespondiert die in Abbildung 4 dargestellte Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts.

Langfristig sind die kontraktiven Effekte nicht mehr bestimmend, so daß die expansiven Wirkungen der Kapitalstockbildung überwiegen. In Variante I ergibt sich am Ende der Simulationsperiode im Vergleich zum Status quo ein Rückgang der Arbeitslosen von ungefähr 500.000 Personen. Dieser relative Abbau der Arbeitslosigkeit ist zu einem Fünftel auf den Einsatz der demographischen Komponente zurückzuführen. Die restlichen vier Fünftel sind dem Teilkapitalstock geschuldet.

Abbildung 4:
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts relativ zum Status quo 1996 bis 2035, kumuliert^a
- in Mrd. DM -



^a Annahmen: Konstanz des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 20 vH. Variante I: Einführung einer Arbeitssteuer von 2,8 vH. Variante II: Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 vH. Variante III: Nur demographische Komponente. Demographische Komponente jeweils nach Vorgabe der Rentenkommission.
Quelle: Simulation auf Basis des IWH-Modells.

Günstiger als die Einführung einer Arbeitssteuer wirkt sich jedoch die Erhöhung der Mehrwertsteuer aus, die den Faktor Arbeit nicht weiter verteuert. Die geringen negativen Effekte am Beginn der Simulationsperiode werden schnell aufgefangen und münden in eine stärkere expansive Entwicklung in der langen Sicht. Daher ist eine Mehrwertsteueranhebung als Finanzierungsinstrument der Arbeitssteuer überlegen.

Reformen sind notwendig

Die empirische Analyse unterstützt die These, nach der die gesetzliche Rentenversicherung vor gravierenden Problemen steht. Sofern Reformen ausbleiben oder nur zurückhaltend durchgesetzt werden, sind erhebliche Beitragsbelastungen zu erwarten. Diese lassen sich durch die Senkung des Rentenniveaus über eine demographische Komponente mindern. Dabei sollte jedoch der Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit beachtet werden, so daß das Rentenniveau nicht beliebig sinken kann. Mit der verteilungspolitisch begründbaren Version der hier diskutierten demographischen Komponente sind allerdings deutlich höhere Beiträge verbunden.

Das Rentensystem ist daher zusätzlich zu reformieren. Eine Möglichkeit besteht in der Ergänzung des Umlageverfahrens durch einen Teilkapitalstock

entsprechend der Untertunnelungsstrategie. Mit dieser Modifikation läßt sich eine akzeptable Kombination aus Rentenniveau und Beitragssatz erreichen. Für den Aufbau des Kapitalstocks sind verschiedene Finanzierungsformen denkbar, von denen die Anhebung der Mehrwertsteuer als günstigste Strategie erscheint. Mit dieser Variante ergeben sich kurzfristig noch relativ geringe kontraktive Effekte. Auf lange Sicht dominieren die expansiven Wirkungsketten, so daß sich eine deutliche Verbesserung der relativen Wachstumsperspektiven einstellt.

Optimistische Vorstellungen, daß z.B. eine Erhöhung der Beitragssätze um zwei Prozentpunkte zum Aufbau eines Kapitalstocks genügen würde, aus dessen Erträgen dann Beitragssätze und Rentenniveau in heutiger Höhe realisierbar wären,³⁶

können jedoch nicht bestätigt werden. Die Ergebnisse der Simulationen machen nämlich auch eines nur zu deutlich: Soziale Sicherung ist ein Gut, das seinen Preis hat. Die Kosten sind selbst nach der Reduktion des Rentenniveaus durch eine demographische Komponente und mit den zusätzlichen Einnahmen aus einem Kapitalstock noch beträchtlich. Darüber hinaus ist eine zügige Durchsetzung der Reformen zu empfehlen, weil die Belastungen sonst den hier berichteten Rahmen übersteigen. Die daraus resultierende Klarheit ermöglicht den wirtschaftlichen Akteuren dann auch die Möglichkeit, private und betriebliche Altersvorsorge entsprechend ihren Präferenzen zu betreiben.

Christian Dreger (*cdr@iwh.uni-halle.de*)
Jürgen Kolb (*jko@iwh.uni-halle.de*)

Die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur und die Produktivitätslücke*

Für den ostdeutschen Unternehmenssektor wird mit circa 55 vH des westdeutschen Niveaus eine nach wie vor verhältnismäßig geringe Arbeitsproduktivität ausgewiesen. Im Zusammenspiel mit den Lohnkosten ergibt sich hierdurch eine hohe Lohnstückkostenbelastung der Unternehmen. Auf diesem Zusammenhang beruht die in jüngerer Zeit von verschiedenen Stellen vorgebrachte Forderung nach lohnpolitischer Zurückhaltung beziehungsweise einer Korrektur der ostdeutschen Löhne nach unten. Dieser Argumentation wird von anderer Seite entgegengehalten, daß ein Vergleich der ost- und westdeutschen durchschnittlichen Produktivitäten wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen ein falsches Bild vermitteln könnte. Die hier durchgeführte Analyse der von den unterschiedlichen Spezialisierungsmustern ausgehenden Effekte ergibt jedoch, daß sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene und für das verarbeitende Gewerbe insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen auf das Produktivitätsniveau ausmachen lassen. Der Einwand gegen einen Vergleich der Durchschnittsproduktivitäten ist insofern nicht berechtigt. Innerhalb einzelner Branchen des verarbeitenden Gewerbes ergeben sich sowohl positive als auch negative Auswirkungen der unter-

schiedlichen Spezialisierungsmuster auf das Produktivitätsniveau.

Ausmaß und Ursachen der ostdeutschen Produktivitätslücke

Die Diskrepanz zwischen ost- und westdeutscher Arbeitsproduktivität hat sich nach anfänglich raschen Produktivitätsfortschritten in den letzten Jahren kaum noch vermindert. Seit 1994 erhöhte sich die ostdeutsche Arbeitsproduktivität im Unternehmenssektor – gemessen am westdeutschen Niveau – um lediglich rund einen Prozentpunkt pro Jahr (vgl. Tabelle 1). Im Verbund mit den der Produktivität nicht angepaßten Löhnen führt dies zu einer deutlich über dem westdeutschen Niveau liegenden Lohnstückkostenbelastung der Unternehmen. Der Überhang der ostdeutschen über die westdeutschen Lohnstückkosten betrug 1996 circa 30 vH. Hiervon gehen nachteilige Wirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus.

³⁵ Vgl. DRESDNER BANK: Renten auf dem Prüfstand – Zur Zukunft der Alterssicherungssysteme. Frankfurt 1997, S. 39.

* Fortsetzung der Serie zur Produktivitätslücke in Ostdeutschland. Frühere Beiträge siehe Wirtschaft im Wandel 7/1997.

Tabelle 1:
Arbeitsproduktivität^a im Ost-West-Vergleich
- Westdeutschland = 100 -

Jahr	Produzierendes Gewerbe	darunter: Verarbeitendes Gewerbe	Handel, Verkehr	Dienstleistungsunternehmen ^b	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung
1991	28,8	19,6	34,0	46,1	30,7
1992	43,1	32,1	41,5	50,2	42,2
1993	52,8	42,5	47,2	53,7	49,8
1994	58,1	49,0	48,9	54,1	52,7
1995	59,3	50,7	49,8	53,9	53,6
1996	61,6	54,5	50,9	53,8	54,9

^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, in jeweiligen Preisen. – ^b ohne Wohnungsvermietung.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Bislang liegen keine gesicherten Erkenntnisse darüber vor, welche Ursachen für das geringe Produktivitätsniveau maßgeblich sind. Hinweise gibt es für das Zutreffen der verschiedensten Gründe: Neben einer im Durchschnitt geringeren Kapitalausstattung je Beschäftigten können auch Marktzutrittschancen, höhere Preise für Vorleistungen, geringere Preise für Endprodukte und divergierende Unternehmensgrößen eine Rolle spielen.³⁶ Zudem könnte auch in den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen ein Grund für das anhaltend niedrige Produktivitätsniveau gesehen werden. Für lohnpolitische Schlußfolgerungen, die sich am Verhältnis der Durchschnittsproduktivitäten und dem daraus resultierenden Lohnstückkostenüberhang orientieren, wäre dies von entscheidender Bedeutung. Denn das hohe Produktivitätsdifferential wird gemeinhin als Argument dafür gesehen, Lohnzurückhaltung oder sogar eine Lohnkorrektur nach unten zu empfehlen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern.³⁷ Sollte das Produktivitätsdifferential jedoch durch die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen systematisch verzerrt sein, wäre diese Schlußfolgerung nicht ohne weiteres zulässig.³⁸

Auswirkungen der Wirtschaftsstrukturen auf das Produktivitätsverhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland

Der sich bislang in den neuen Bundesländern vollzogene Strukturwandel hat dazu geführt, daß die auf regionale Märkte ausgerichteten Sektoren und Branchen einen höheren Anteil an Wertschöpfung und Beschäftigung erreicht haben als in Westdeutschland; dies vollzog sich zu Lasten der überregional orientierten Wirtschaftszweige.³⁹ Die regional orientierten Branchen gehören aber häufig zu den arbeitsintensiveren, in denen in Westdeutschland nur eine unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität erzielt wird. So erreichen in den alten Bundesländern beispielsweise das Baugewerbe nur gut 80 vH und der Handel lediglich 70 vH der durchschnittlichen Produktivität. Hingegen sind es dort oftmals die auf überregionalen Absatz konzentrierten Branchen, die wegen der geringeren Arbeitsintensität eine überdurchschnittliche Produktivität aufweisen.

Weitere Unterschiede gibt es hinsichtlich der Zusammensetzung innerhalb der Branchen. So wird bisweilen angeführt, daß sich in Ostdeutschland vielfach „verlängerte Werkbänke“ westdeutscher und ausländischer Unternehmen angesiedelt haben, in denen vornehmlich wertschöpfungsarme und da-

³⁶ Vgl. RAGNITZ, J.: Zur Produktivitätslücke in Ostdeutschland, in: *Wirtschaft im Wandel 7/1997*, S. 3-4. – DIETRICH, V.: Kapitalausstattung und Produktivitätsrückstand im ostdeutschen Unternehmenssektor, in: *Wirtschaft im Wandel 7/1997*, S. 5-9.

³⁷ Vgl. neben anderen POHL, R.: Situation und Perspektiven der Wirtschaft in den neuen Bundesländern, in: *Wirtschaft im Wandel 8/1996*, S. 8 f.

³⁸ Vgl. TOMANN, H.: Sind die Ost-Löhne zu hoch?, in: *Wirtschaftsdienst*, 76. Jg. (1996), H. 12, S. 628-630. –

Vgl. zu der Diskussion weiterhin POHL, R.: Sind die Ostlöhne zu hoch? – Eine Replik, in: *Wirtschaftsdienst*, 77. Jg. (1997), H. 5, S. 290-295.

³⁹ Vgl. RAGNITZ, J.: Wechselbeziehungen zwischen Transfers und strukturellem Wandel: Eine Einführung, in: *Transferleistungen, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern – Tagungsband – IWH-Sonderheft 1/1997*, Halle, S. 9-14.

mit produktivitätsschwache Produktionsprozesse ausgeführt würden.

Diese in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen Spezialisierungsmuster, die ihre Ausprägung in divergierenden Beschäftigungsanteilen der Sektoren und Branchen finden, können sich bei einem auf Durchschnittswerten beruhenden Produktivitätsvergleich zwischen alten und neuen Ländern verzerrend auswirken. Im folgenden wird auf der Basis amtlicher Daten untersucht, inwiefern Einwände gegen einen derartigen Produktivitätsvergleich gerechtfertigt sind. Freilich ist hierbei die Tiefe der Analyse durch die Datenverfügbarkeit begrenzt.

Um das Ausmaß der strukturellen Effekte zu identifizieren, wird das ostdeutsche Produktivitätsniveau in zwei Komponenten zerlegt, die als hypothetische Produktivitätsniveaus interpretiert werden können (vgl. Kasten). Die erste Komponente gibt an, welches Produktivitätsverhältnis sich zwischen alten und neuen Bundesländern rechnerisch ergeben würde, wenn die Branchen in Ost- und Westdeutschland identische Produktivitäten, aber unterschiedliche Beschäftigtenanteile aufweisen würden. An der zweiten Komponente kann abgelesen werden, welche Produktivitätsrelation sich rechnerisch bei identischer Beschäftigungsstruktur erzielen ließe. Auf diese Weise läßt sich ersehen, ob sich die ostdeutsche Spezialisierung positiv oder negativ auf das tatsächliche Produktivitätsniveau auswirkt: Liegt die erste Komponente über dem Wert eins, so korrespondiert damit ein hypothetisches Produktivitätsniveau bei gleichen Beschäftigungsstrukturen, das unter dem tatsächlich realisierten liegt. Mit den westdeutschen Beschäftigungsstrukturen wäre dann ein geringeres Produktivitätsniveau erzielt worden; das ostdeutsche Spezialisierungsmuster wirkt sich insofern bei den gegebenen Produktivitätsdifferenzialen zwischen den Branchen vorteilhaft aus. Andersherum verhält es sich, wenn die erste Komponente kleiner eins ist; mit der westdeutschen Beschäftigungsstruktur hätte dann rechnerisch ein höheres Produktivitätsniveau erzielt werden können.

Die Zerlegung des tatsächlichen Produktivitätsniveaus wurde auf drei verschiedenen Aggregationsstufen vorgenommen: auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt sowie für die einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Dabei basiert die Analyse für jede

Berechnung der hypothetischen Produktivitätsniveaus

Bei einem Vergleich der ostdeutschen Arbeitsproduktivität π^o und der westdeutschen Arbeitsproduktivität π^w ergibt sich das Produktivitätsverhältnis durch

$$(1) \quad \frac{p^o}{p^w} = \frac{\sum_i p_i^o \cdot a_i^o}{\sum_i p_i^w \cdot a_i^w},$$

wobei π_i die in den Sektoren i realisierten Produktivitäten und α_i die Anteile der Beschäftigten dieser Sektoren an der Gesamtbeschäftigung angeben.

Um den Einfluß der unterschiedlichen Spezialisierungsmuster, gemessen an der Beschäftigtenstruktur, auf das durchschnittliche Produktivitätsniveau festzustellen, kann man aus dem Verhältnis der ostdeutschen und westdeutschen Produktivitäten in Formel (1) den Einfluß der Beschäftigungsstruktur von dem Einfluß des Produktivitätsniveaus isolieren. Da sich die Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Wirtschaft π^o aus der Summe der Produktivitäten π_i^o der ostdeutschen Branchen i , gewichtet mit dem Anteil α_i^o an der ostdeutschen Beschäftigung, ergibt und für die westdeutsche Arbeitsproduktivität entsprechendes gilt, läßt sich der Ausdruck durch Erweiterung in zwei Komponenten zerlegen: Der erste Term auf der rechten Seite in (2) gibt an, welches Produktivitätsniveau sich ergeben würde, wenn die Branchen in Ost- und Westdeutschland gleiche Produktivitäten, aber unterschiedliche Beschäftigtenanteile aufweisen würden. Der zweite Term gibt wieder, welches Produktivitätsniveau sich bei in beiden Landesteilen identischer (westdeutscher) Beschäftigtenstruktur, aber unterschiedlichen Produktivitäten ergeben würde:

$$(2) \quad \frac{100 \cdot p^o}{p^w} = \frac{\sum_i p_i^o \cdot a_i^o}{\sum_i p_i^o \cdot a_i^w} \cdot \frac{100 \cdot \sum_i p_i^o \cdot a_i^w}{\sum_i p_i^w \cdot a_i^w}$$

Alternativ hierzu könnte man die hypothetischen Produktivitätsniveaus auch unter der Annahme ermitteln, daß die westdeutsche Wirtschaft das gleiche Spezialisierungsmuster wie die ostdeutsche aufweist:

$$(3) \quad \frac{100 \cdot p^o}{p^w} = \frac{\sum_i p_i^w \cdot a_i^o}{\sum_i p_i^w \cdot a_i^w} \cdot \frac{100 \cdot \sum_i p_i^o \cdot a_i^o}{\sum_i p_i^o \cdot a_i^o}$$

Ebene auf der jeweils darunter liegenden Aggregationssebene.

Einfluß der Wirtschaftsstruktur auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene wirkte sich das vorliegende Spezialisierungsmuster in den Jahren 1993 bis 1996 nur in einem sehr geringen Ausmaß auf das tatsächliche Produktivitätsniveau aus

Tabelle 2:

Tatsächliches und hypothetische Produktivitätsniveaus für die ostdeutsche Gesamtwirtschaft

Jahr	tatsächliches Produktivitätsniveau ^a (ABL=100)	hypothetisches Produktivitätsniveau	
		bei identischen Produktivitäten und unterschiedlichen Beschäftigungsanteilen	bei unterschiedlichen Produktivitäten und identischer Beschäftigtenstruktur
1993	51,8	0,993	52,1
1994	54,7	0,987	55,4
1995	55,5	0,987	56,2
1996	56,7	0,975	58,2

^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, in jeweiligen Preisen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

(vgl. Tabelle 2). Mit der westdeutschen Beschäftigtenstruktur hätte 1996 eine geringfügig – nämlich um 1,5 Prozentpunkte – höhere durchschnittliche Produktivität realisiert werden können. Diese minimale Auswirkung der unterschiedlichen Spezialisierungsmuster ist auf den ersten Blick überraschend. Sie läßt sich jedoch bei genauerer Betrachtung der absoluten Produktivitäten und Beschäftigtenanteile auf zwei gegenläufige Effekte zurückführen: Es gibt zwar Sektoren wie den Verkehrssektor, die in den neuen Bundesländern einen höheren Beschäftigtenanteil und eine in Relation zum Unternehmensdurchschnitt geringere Produktivität als in Westdeutschland aufweisen. Legt man hier die westdeutschen Beschäftigtenanteile zugrunde, so wirkt sich dies freilich erhöhend auf das ostdeutsche durchschnittliche Produktivitätsniveau aus. Diesem Effekt wirkt jedoch andererseits entgegen, daß es Sektoren wie die Baubranche gibt, in denen in Westdeutschland eine unterdurchschnittliche Arbeitsproduktivität erreicht wird, in Ostdeutschland aber eine überdurchschnittliche Produktivität und zudem ein höherer Beschäftigungsanteil als in Westdeutschland vorliegen. Hierdurch würde sich bei Zugrundelegung der westdeutschen Beschäftigtenstruktur ein geringeres durchschnittliches Produktivitätsniveau ergeben. Im Endeffekt ist auf dieser Betrachtungsebene die durch die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen resultierende Beeinflussung des Produktivitätsdifferentials gering.

Auswirkung des Spezialisierungsmusters im Verarbeitenden Gewerbe

Die Berechnung der hypothetischen Produktivitätsniveaus für das Verarbeitende Gewerbe 1995 unter Verwendung der verfügbaren Daten aus der

Kostenstrukturstatistik ergibt ein ähnliches Bild.⁴⁰ Zwar begünstigte in dem betrachteten Zeitraum die ostdeutsche Industriestruktur das durchschnittliche Produktivitätsniveau etwas. Es hätte bei Zugrundelegung der westdeutschen Spezialisierung mit 58,5 vH jedoch nur unwesentlich unter den tatsächlich realisierten 59,9 vH gelegen (vgl. Tabelle 3).⁴¹ Die Auswirkung der differierenden Wirtschaftsstrukturen ist demnach sehr gering. Der Grund dafür ist, daß einige Branchen (wie die Chemische Industrie), die in Westdeutschland einen höheren Anteil an der Beschäftigung und eine überdurchschnittliche Produktivität aufweisen, in den neuen Bundesländern eine unterdurchschnittliche Produktivität realisieren. Insofern wirkt es sich positiv auf das Produktivitätsniveau aus, daß diese Branchen in Ostdeutschland einen verhältnismäßig geringen Anteil an den Beschäftigten haben. Hingegen gibt es Branchen wie das Papiergewerbe, die in Ostdeutschland im Gegensatz zu Westdeutschland überdurchschnittlich produktiv gewesen sind. Hier wirkt sich die vorliegende Branchenstruktur eben-

⁴⁰ Die Kostenstrukturstatistik umfaßt Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Dies schränkt die Vergleichbarkeit mit dem Produktivitätsniveau aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die alle Unternehmen umfaßt, ein, denn in den neuen Bundesländern ist ein höherer Anteil der Beschäftigten in Unternehmen mit weniger als 20 Angestellten tätig als in den alten Bundesländern. Ein weiterer Grund für die in Kostenstrukturstatistik und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung divergierenden Produktivitätsniveaus sind unterschiedliche Erfassungsweisen bei den Beschäftigten.

⁴¹ Die in Gleichung (3) dargestellte alternative Berechnungsweise der Effekte auf Basis der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur ergibt eine stärkere Auswirkung: Der erste Faktor betrüge dann 1,07 und der zweite 55,9. Dies bedeutet, daß sich bei Zugrundelegung ostdeutscher Beschäftigungsstrukturen rechnerisch ein um 4 Prozentpunkte geringeres Produktivitätsniveau ergeben würde.

falls positiv aus. Das realisierte Spezialisierungsmuster entspricht demnach den im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes vorhandenen Produktivitätsdifferenzialen.

Der Einwand, ein Produktivitätsvergleich zwischen Ost- und Westdeutschland wirke sich aus strukturbedingten Gründen nachteilig für Ostdeutschland aus, ist insofern auch auf dieser Aggregationsebene nicht gerechtfertigt.

Tabelle 3:

Tatsächliches und hypothetische Produktivitätsniveaus 1995 im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe^a

Branche	tatsächliches Produktivitätsniveau ^b (ABL=100)	hypothetisches Produktivitätsniveau	
		bei identischen Produktivitäten und unterschiedlichen Beschäftigungsanteilen	bei tatsächlichen Produktivitäten und identischer Beschäftigtenstruktur
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	59,9	1,024	58,5
Ernährungsgewerbe	71,3	0,956	74,5
Tabakverarbeitung ^c	101,7	-	-
Textilgewerbe	55,3	1,010	54,8
Bekleidungs-gewerbe	42,5	0,994	42,7
Ledergewerbe	66,1	0,986	67,0
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	68,0	1,010	67,4
Papiergewerbe	83,5	1,075	77,7
Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	83,7	1,105	75,7
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen ^c	23,0	-	-
Chemische Industrie	37,2	0,993	37,4
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	68,5	1,009	67,8
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	70,9	1,005	70,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	52,1	0,970	53,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	64,2	0,947	67,8
Maschinenbau	47,8	0,996	48,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen ^c	69,3	-	-
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	53,7	0,983	54,6
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	74,5	0,938	79,4
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	64,9	1,114	58,3
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	66,8	0,733	91,1
Sonstiger Fahrzeugbau	62,7	0,953	65,8
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	52,6	1,002	52,5
Recycling ^c	73,8	-	-

^a Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – ^b Bruttowertschöpfung je Beschäftigten, in jeweiligen Preisen. – ^c Da für diese Branchen keine disaggregierten Daten vorliegen, ist eine Berechnung der Effekte nicht möglich.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Übersicht: Ausgewählte Branchen und Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes^a

Branche	Wirtschaftsgruppen	Produktivitätsniveau ^b der Wirtschaftsgruppe (ABL=100)
Ernährungsgewerbe	Schlachten und Fleischverarbeitung	61,3
	Obst- und Gemüseverarbeitung	61,2
	Milchverarbeitung	83,7
	Mahl- und Schäl-mühlenverarbeitung, Herstellung von Stärke und Stärkeerzeugnissen	47,3
	Herstellung von Futtermitteln	64,0
	Sonstiges Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung)	68,0
	Getränkeherstellung	92,7
Textilgewerbe	Weberei	46,9
	Sonstige Textilgewerbe (ohne Herstellung von Maschenware)	40,9
	Herstellung von gewirkten und gestrickten Fertigerzeugnissen	57,8

Bekleidungsindustrie	Herstellung von Bekleidung (ohne Lederbekleidung)	42,2
Lederindustrie	Herstellung von Schuhen	73,7
Holzindustrie (ohne Herstellung von Möbeln)	Funier-, Sperrholz-, Holzfasernplatten- und Holzspanplattenwerke Herstellung von Konstruktions- u. Fertigteilen, Ausbauelementen aus Holz	69,4 71,9
Papierindustrie	Herstellung von Holzstoff, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe Papier-, Karton- und Pappeverarbeitung	88,3 70,9
Verlags-, Druckindustrie, Vervielfältigung	Verlagsindustrie	82,5
Chemische Industrie	Herstellung von chemischen Grundstoffen	17,2
	Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	84,0
	Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln	38,8
	Herstellung von sonstigen chemischen Erzeugnissen	50,9
	Herstellung von Chemiefasern	39,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	Herstellung von Gummiwaren	55,2
	Herstellung von Kunststoffwaren	72,5
Glasindustrie, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	Herstellung und Verarbeitung von Glas	66,1
	Keramik (ohne Ziegelei und Baukeramik)	57,5
	Ziegelei, Herstellung von sonstiger Baukeramik	63,2
	Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips	91,4
	Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips	67,2
	Herstellung von sonstigen Mineralölerzeugnissen	90,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferrolegierungen (EGKS)	65,9
	Herstellung von Rohren	47,8
	Sonstige erste Bearbeitung von Eisen, Stahl, Herstellung von Ferrolegierungen	44,1
	Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen	39,3
	Gießereindustrie	54,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	Stahl- und Leichtmetallbau	64,0
	Kessel- und Behälterbau (ohne Herstellung von Dampfkesseln)	73,8
	Herstellung von Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskessel)	69,9
	Herstellung von Schmiede-, Preß-, Zieh-, Stanzteilen u.ä.	58,9
	Oberflächenveredelung, Wärmebehandlung, Mechanik (a.n.g.)	65,2
	Herstellung von Schneidwaren, Werkzeugen, Schlössern und Belegen	82,2
	Herstellung von sonstigen Eisen-, Blech- und Metallwaren	62,9
Maschinenbau	Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung mechanischer Energie	50,2
	Herstellung von sonstigen Maschinen für unspezifische Verwendung	52,0
	Herstellung von land- und forstwirtschaftlichen Maschinen	36,2
	Herstellung von Werkzeugmaschinen	40,8
	Herstellung von Maschinen für sonstige bestimmte Wirtschaftszweige	49,8
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	Herstellung von Elektromotoren, Generatoren, Transformatoren	51,4
	Herstellung von Elektrizitätsverteilungs- und Schalteinrichtungen	52,8
	Herstellung von elektrischen Lampen und Leuchten	53,4
	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (anderweitig nicht genannt)	63,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	Herstellung von elektronischen Bauelementen	63,3
	Herstellung von nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen	89,2
	Herstellung von Rundfunk-, Fernseh-, Phono-, videotecnischen Geräten	79,6
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	Herstellung von Meß-, Kontroll-, Navigations- u.ä. Instrumenten	51,2
	Herstellung von industriellen Prozeßsteuerungsanlagen	89,1
	Herstellung von optischen und photographischen Geräten	64,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren	104,5
	Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern	62,5
	Herstellung von Teilen u.ä. für Kraftwagen und deren Motoren	61,2
Sonstiger Fahrzeugbau	Schiffbau	53,9
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	Herstellung von Möbeln	54,1
	Herstellung von Musikinstrumenten	56,1
	Herstellung von Spielwaren	51,8
	Herstellung von sonstigen Erzeugnissen	45,9

^a Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. Aufgeführt wurden nur die Wirtschaftsgruppen, für die 1995 in der Kostenstrukturstatistik Daten für die neuen Bundesländer ausgewiesen wurden. – ^b Bruttowertschöpfung je Beschäftigten, in jeweiligen Preisen.

Einfluß der Wirtschaftsstruktur in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes

In den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes ist 1995 eine breite Streuung der tatsächlichen Produktivitätsniveaus auszumachen gewesen (vgl. Tabelle 3). Während in einigen Bereichen (beispielsweise in der Tabakverarbeitung, im Papiergewerbe und im Bereich Verlags-, Druckgewerbe und Vervielfältigung) verhältnismäßig hohe Werte erreicht werden konnten, betrug das Produktivitätsniveau im Bereich Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen nur ein Viertel, in der Chemischen Industrie knapp zwei Fünftel. Hier schlagen die vergleichsweise späten Privatisierungszeitpunkte vieler ehemaliger Treuhand-Unternehmen dieser Branchen und die Zeitverzögerung, mit der die Investitionen in diesen Bereichen produktionswirksam werden, zu Buche.

Auf dieser Aggregationsebene lassen sich deutlich stärkere Auswirkungen der unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen ausmachen. Tabelle 3 ist zu entnehmen, daß es einige Branchen gibt, die 1995 mit der westdeutschen Beschäftigungsstruktur rechnerisch ein deutlich anderes Produktivitätsniveau erzielt hätten.

Positive Auswirkungen der Branchenstruktur auf das Produktivitätsniveau ergeben sich in Wirtschaftszweigen, wie dem Papiergewerbe und den Bereichen Verlags-, Druckgewerbe und Vervielfältigung sowie Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik. Würden diese Branchen die westdeutschen Beschäftigtenstrukturen aufweisen, so läge – wie an dem hypothetischen Produktivitätsniveau zu erkennen ist – das Produktivitätsverhältnis um bis zu 8 Prozentpunkte unter dem tatsächlich realisierten. In der Branche Verlags-, Druckgewerbe und Vervielfältigung schlägt beispielsweise positiv zu Buche, daß das verhältnismäßig produktive Verlagsgewerbe mit 65 vH der Beschäftigten einen höheren Anteil hat als in Westdeutschland (39 vH).

Negativ wirkt sich die ostdeutsche Beschäftigungsstruktur jedoch im Ernährungsgewerbe, bei der Herstellung von Metallerzeugnissen, in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik und insbesondere bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen aus. In der letztgenannten Branche würde bei Vorliegen der westdeutschen Beschäftigtenstruktur mit knapp 92 vH rechnerisch

ein um gut 24 Prozentpunkte höheres Produktivitätsniveau ausgewiesen.⁴² Dies liegt darin begründet, daß aufgrund der in den neuen Bundesländern neu-errichteten Produktionsstätten die Wirtschaftsklasse Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren zwar ein Produktivitätsniveau von 105 vH erreicht, jedoch in Relation zu den alten Bundesländern nur einen geringen Anteil an den Beschäftigten der Branche hat (im Jahre 1995 25 vH im Verhältnis zu 65 vH). Ein entsprechend höherer Beschäftigtenanteil entfällt in Ostdeutschland auf die mit geringerer Produktivität arbeitenden Wirtschaftsklassen Herstellung von Karosserien, Aufbauten und Anhängern sowie Herstellung von Teilen u.ä. für Kraftwagen und deren Motoren (vgl. Übersicht).

Es sind demnach wiederum von den unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen ausgehende gegenläufige Effekte auszumachen. Festzuhalten bleibt, daß sich durch Berücksichtigung struktureller Effekte in einigen Branchen die Leistungsfähigkeit zwar positiver darstellt, in anderen jedoch genau das Gegenteil eintritt. In gut der Hälfte der Branchen läßt sich aber kein maßgeblicher Einfluß der Wirtschaftsstruktur feststellen.

Schlußfolgerungen

Ergebnis der Analyse ist, daß es bei einem Querschnittsvergleich der Produktivitäten in Ost- und Westdeutschland durch die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen nicht zu systematischen Verzerrungen kommt. Es zeigte sich, daß kein wesentlicher Einfluß der Wirtschaftsstruktur auf das Produktivitätsniveau auszumachen ist. Eine auf Basis des realisierten Produktivitätsdifferentials ausgesprochene Empfehlung zu Lohnzurückhaltung kann demnach als ein wichtiges Mittel angesehen werden, die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen zu stärken.

Jacqueline Rothfels
(jrs@iwh.uni-halle.de)

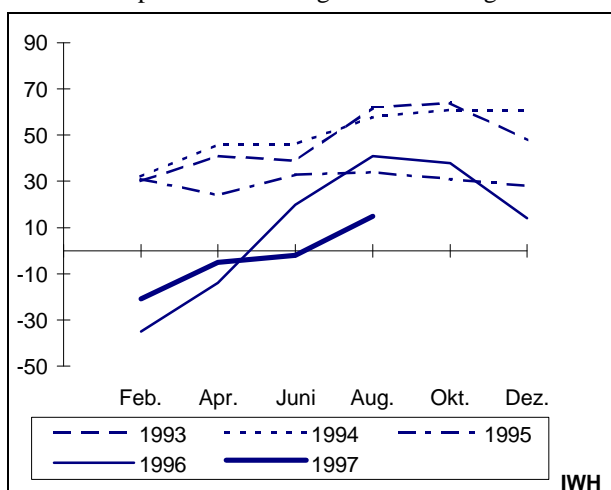
⁴² Diese Betrachtungen sollen nicht dahingehend interpretiert werden, daß sich eine Reallokation der Beschäftigten notwendigerweise produktivitätserhöhend auswirken würde.

Baugeschäfte im August 1997 auf bisherigem Jahreshoch – im Vorjahresvergleich bleiben sie aber äußerst schwach –

Im August erreichte die Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe laut Umfrage des IWH ihr bisheriges Jahreshoch. Der Indikator löste sich aus dem Minusbereich, da die Mehrheit der Unternehmen das laufende Baugeschäft als gut oder eher gut bezeichnet. Die Stimmung bleibt aber in allen Sparten deutlich unter dem Vorjahresniveau und bestätigt die insgesamt rückläufige Entwicklung der Nachfrage auf dem ostdeutschen Baumarkt. Für 43 vH der befragten Unternehmen läuft das derzeitige Baugeschäft schlecht oder eher schlecht. Im Vorjahr traf dies für 30 vH der Unternehmen zu.

Ihre Geschäftsaussichten, die den Zeitraum bis

Abbildung 1:
Entwicklung der Geschäftslage im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



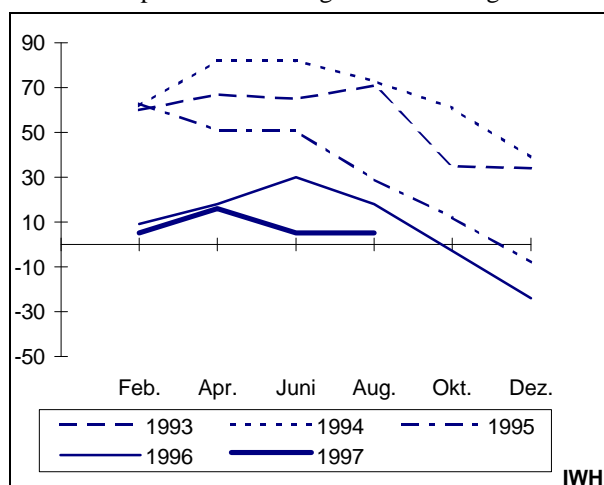
Quelle: IWH-Bauumfragen.

zum Anfang des nächsten Jahres umfassen, bewertet etwa die Hälfte der Bauunternehmen weiterhin positiv. Hier sind die Erwartungen im Vorjahresvergleich vor allem von den Hoch- und Tiefbauunternehmen zurückgenommen wurden, während sich der Ausbaubereich annähernd auf Vorjahresniveau befindet. Im Vergleich zur vorangegangenen Befragung steigen allerdings die Geschäftserwartungen der Tief- und Ausbauunternehmen für diesen Zeitabschnitt – eine Tatsache, die eher saisonuntypisch ist, da das Baugeschäft zu

Beginn jeden Jahres aus Finanzierungs- und Witterungsgründen eher verhalten verläuft. Hier könnte sich die zu erwartende Aufbauinitiative im Überschwemmungsgebiet des Oderbruches ausgewirkt haben.

Insgesamt dürfte die Baunachfrage aber in Ostdeutschland in der nächsten Zeit weiter abflachen. Die Ordertätigkeit weist in allen Sparten saisonbereinigt nach unten. Der Volumenindex der Auftragseingänge für das Bauhauptgewerbe verringerte sich im ersten Halbjahr 1997 saisonbereinigt um 11 vH gegenüber den sechs Monaten davor, was einem Minus von 13 vH im Vorjahresvergleich entspricht.

Abbildung 2:
Entwicklung der Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe
- Saldo der positiven und negativen Wertungen -



Quelle: IWH-Bauumfragen.

Überdurchschnittlich hohe Rückgänge gegenüber dem Vorjahreshalbjahr sind im gewerblichen (nominal -28 vH) und öffentlichen Hochbau (nominal -20 vH) zu beobachten. Aber auch der Wohnungs-, Straßen- und öffentliche Tiefbau weisen Auftragsrückgängen zwischen 10 vH und 12 vH gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf. Diese Tendenz wird zwangsläufig zu einer weiteren Reduzierung des Produktionsvolumens in den nächsten Monaten führen.

Brigitte Loose
(blo@iwh.uni-halle.de)